
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 10.03.2021

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit 38 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Aufgrund der bestehenden Pandemie verweist **Herr Rumpf** auf die Beachtung der bekannten Hygienevorschriften sowie auf die Empfehlung des Gesundheitsamtes, während der Sitzung die FFP2-Masken zu tragen. Nach jeweils 70 Minuten wird eine 15-minütige Pause durchgeführt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Fricke, Fraktion der SPD, stellt den **Antrag**, den Tagesordnungspunkt 6.2 (Anfragen und Informationen) von der Tagesordnung zu nehmen. Ebenso beantragt er, die Tagesordnungspunkte 8.9 bis 8.13 (Fraktionsvorlagen CDU und AfD) von der Tagesordnung zu nehmen und diese im Umlaufverfahren zu beschließen, da die betreffenden Beschlussvorlagen vorberaten wurden.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass der Tagesordnungspunkt 4.1 – Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt der Niederschrift als Anlage beigefügt wird und der Tagesordnungspunkt **8.1 – Benennung von Delegierten für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom Einreicher zurückgezogen wurde**.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, zieht den Tagesordnungspunkt 8.9 – Bürger-App mit der Bitte um Behandlung in der nächsten Sitzung zurück.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 8.13 – Schaffung einer Online-Plattform als lokalen Online-Marktplatz, da es vom

Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus einen Prüfauftrag gibt und bereits daran gearbeitet wird.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, empfiehlt, den Tagesordnungspunkt 8.11 - Schwimmkurse im Vorschulalter anbieten auf der Tagesordnung zu belassen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erklärt zusammenfassend, dass der Tagesordnungspunkt 4.1 der Niederschrift als Anlage beigefügt wird und der Tagesordnungspunkt 8.1 seitens des Einreichers zurückgezogen wurde. Die Tagesordnungspunkte 8.9 und 8.13 werden auf Antrag des jeweiligen Einreichers ebenfalls von der Tagesordnung genommen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt die gestellten Anträge zur Abstimmung:

Der **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 6.2 - Sonstige Anfragen und Mitteilungen von der Tagesordnung zu nehmen**, wird mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen **abgelehnt**. Der Tagesordnungspunkt verbleibt auf der Tagesordnung.

Dem **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 8.10 - Einführung von Notfalldosen in Dessau-Roßlau - von der Tagesordnung zu nehmen**, wird mit 18 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen **zugestimmt**.

Der **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 8.11 - Schwimmkurse im Vorschulalter anbieten - von der Tagesordnung zu nehmen**, wird mit 7 Ja-Stimmen **abgelehnt**. Der Tagesordnungspunkt verbleibt auf der Tagesordnung.

Dem **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 8.12 - Einführung einer Verwaltungs- und Alarmierungssoftware für die Feuerwehren der Stadt Dessau-Roßlau - von der Tagesordnung zu nehmen**, wird mit 18 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen **zugestimmt**.

Die **Tagesordnung** wird in **geänderter Form** mehrheitlich **beschlossen**.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 16.12.2020 (Sitzung 1 und 2) und 03.02.2021

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 (Sitzung 1) wird mehrheitlich bestätigt.

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2020 (Sitzung 2) wird mehrheitlich bestätigt.

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 03.02.2021 wird mehrheitlich bestätigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die im Gremium nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

16.12.2020

1. Sitzung

Grundstücksangelegenheit

Zustimmung zum Verkauf einer gewerblichen Baufläche im Bereich des Industrie- und Gewerbegebietes Flugplatz Dessau

Erteilung einer Belastungsvollmacht

Grundstücksangelegenheit

Zustimmung zum Verkauf von mehreren Gewerbeflächen im Bereich des Gewerbegebietes Mittelbreite Rodleben

Erteilung einer Belastungsvollmacht

Erwerb von Verträgen über die Versorgung stationärer Patienten anderer Krankenhäuser mit pathologischen Leistungen sowie Sachanlagen der pathologischen Praxis in Magdeburg von der MVZ SKD gGmbH

Kauf des Diakonissenkrankenhauses Dessau und der damit verbundenen Unternehmen bzw. Unternehmensteile

2. Sitzung

Ankauf Gemälde „Prinzessin Amalia Augusta von Anhalt Dessau unterm Weihnachtsbaum“ von Johann Friedrich August Tischbein aus Privatbesitz

03.02.2021

Im stattgefundenen Umlaufverfahren wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt bekannt, dass **keine** Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Förster erfragt die rechtlichen Grundlagen, nach denen das Gebäudemanagement der Stadt Dessau-Roßlau am 17.02.21 den Stromanschluss für die Wallwitzburg und das vereinseigene Gelände am Bahnhof Wallwitzhafen abgestellt hat.

Er erläutert, dass er am 15.02.21 eine E-Mail von Herrn Eckardt Ende, Zentrales Gebäudemanagement, erhalten hat, dass innerhalb von 48 Stunden der Strom an der Wallwitzburg abgestellt wird. Ohne ein Wort der Erklärung.

Nach Angaben von Herrn Förster hat dieser etwa ein dutzend Mal versucht, Frau Ellenberger telefonisch zu erreichen. Er hat stundenlang telefoniert, um einen Grund für diese Maßnahme zu erfahren. Dass es am 17.02. an der Wallwitzburg einen Vor-Ort-Termin geben sollte, erfuhr er durch Zufall. Im Vorfeld überwand Herr Ende, Herr Senst, ein Herr Schmidt der Firma Flechsig und ein Mitarbeiter der Stadtwerke die stromführenden Weidezäune und verschafften sich somit illegal Zutritt zum vereinseigenen Grundstück Bahnhof Wallwitzhafen 1. Es wurde aber nicht nur in Abwesenheit des Eigentümers der Strom für die Wallwitzburg abgestellt, sondern widerrechtlich auch der davon völlig unabhängige Stromanschluss für das vereinseigene Grundstück. Dort befinden sich zurzeit 30 Schafe im Winterquartier und müssen zwingend mit stromführenden Zäunen gegen die nahe Bahnlinie geschützt werden. Wenn es, wie anschließend durch Herrn Sauer und Herrn Ende behauptet, Gefahr in Verzug tatsächlich gegeben hätte, dann wäre genau darüber der Verein als Pächter zu informieren und der Stromkasten unverzüglich - nicht erst nach 48 Stunden - gesichert werden müssen. Die Vereinsmitglieder sind fassungslos angesichts solcher Vorgehensweisen und fühlen sich über das Maß hinaus ungerecht behandelt.

Des Weiteren fragt **Herr Förster**, warum die Wallwitzburg unverhältnismäßig oft kontrolliert wird, da seit mehr als einem Jahr die Wallwitzburg mit Kontrollen von Ämtern überhäuft wird, ohne dass bekannt ist, welche Ämter das im Einzelnen sind. Es werden gegen Herrn Förster persönlich Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet, die aber Handlungen des Vereins betreffen. Allein im letzten Jahr waren dies sechs oder sieben Verfahren. Nicht ein einziges Mal wurde vorher darüber gesprochen. Alle paar Wochen wird sich Zutritt zum Burgzimmer verschafft. Es wird immer wieder alles fotografiert, obwohl alle gesetzlichen Bestimmungen, und speziell die Corona-Verordnung, strikt eingehalten werden. Herr Förster räumt ein, dass auch einmal etwas übersehen werden kann. Dann wäre aber ein kurzer Weg sinnvoll – eine telefonische Absprache, und für so einen Fall könnte Abhilfe geschaffen werden. Laut sei-

nen Angaben, passiert dies aber nicht. Die unverhältnismäßig vielen Kontrollen verunsichern die Bundesfreiwilligen und die Besucher und sorgen für Unverständnis. Es handelt sich um einen gemeinnützigen Verein, der ausschließlich ehrenamtlich arbeitet. Einige Vereinsmitglieder haben mittlerweile das Gefühl, dass der Verein von Seiten der Stadt gemobbt wird und die Stadt offensichtlich gar nicht an einer vernünftigen Zusammenarbeit mit dem Verein interessiert ist. Durch die Stadt bekommt der Verein keinerlei Unterstützung, weder finanziell noch ideell. Die für den Verein durch den Stadtrat in den Haushalt 2019 eingestellte finanzielle Zuwendung wurde von der Verwaltung nicht gewährt. Dennoch wiederholt Herr Förster das Anliegen, mit der Stadt zusammenarbeiten zu wollen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert hierzu, dass in der MZ bereits zu lesen war, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung, der den Wallwitzburgbereich betreut, in welchem die Stadt Eigentümer ist und das Gelände an den Wallwitzburgverein verpachtet hat, bei einer Begehung festgestellt hat, dass ein Baustromkasten nicht ordnungsgemäß verschlossen war. Man konnte in diesen in einer für Kinder zugänglichen Höhe hineingreifen. Das ist ausgesprochen gefährlich, sodass entsprechend zu handeln gewesen war. Am 15.02.2021 wurde Herr Förster darüber informiert, dass am 17.02.2021, 11:00 Uhr, der Strom abgestellt werden soll. Richtig ist, dass mit dieser Mail keine Information erfolgte. Am nächsten Tag hatte Herr Förster jedoch ein Gespräch mit dem zuständigen Sachgebietsleiter der Verwaltung, der umfassend über die Gründe informiert hat. Aufgrund mehrerer Sachverhalte, die besprochen werden sollten, wollte Herr Förster am Tag darauf noch einmal mit dem Sachgebietsleiter telefonieren. Dieses Telefonat kam nicht zustande, wohl aber der Termin, diese Stromleitung sicherheitsbedingt außer Kraft zu setzen, damit keine Person zu Schaden kommt. Auf die Frage, warum in einem Zeitraum von 48 Stunden, antwortet Frau Schlonski, dass auch eine sofortige Stilllegung hätte erfolgen können, aber da bekannt ist, dass der Verein eine kleine Gastronomie betreibt, wurde die Möglichkeit eingeräumt, gegebenenfalls einen Kühlschrank leerzuräumen und andere Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wurde eine gewisse Frist gewahrt. Die Rahmenbedingung der Betretung war, dass der Verteilerkasten, der unter anderem den Strom für den Baustromkasten verteilt, steht, gesichert werden musste. Dieser ist jedoch schwer zu erreichen. An dem gegenständlichen Tag herrschten winterliche Verhältnisse. Die Kollegen mussten eine Böschung und einen Elektrozaun überwinden, um an den Kasten heranzukommen. Die Leitung wurde dann außer Betrieb genommen. Weil der Verteilerkasten nicht sehr eindeutig war, ist bedauerlicherweise für ca. eine Stunde auch der Strom für den Wallwitzhafen - und damit für den Zaun - außer Kraft gesetzt worden. Im Beisein von Herrn Förster ist der Strom jedoch wieder eingeschaltet worden, nur der Strom vom Baustromkasten ist dauerhaft abgeschlossen worden, damit dort nachgebessert werden kann. Auf dem Rückweg von diesem Kasten haben die Kollegen einen einfacheren Weg gewählt und dabei illegaler Weise das Gelände des Wallwitzburgvereins betreten. Frau Schlonski ist der Meinung, dass dies nachvollziehbar ist. Der Polizei wurde das angezeigt und wird auf diesem Wege zu klären sein.

Es ging insgesamt um die Beseitigung einer Gefahrensituation und der Verhinderung von Personenschäden. Die rechtlichen Grundlagen, warum so gehandelt wurde, sind zum einen das Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt, der mit dem Verein geschlossene Pachtvertrag und technische Regelwerke zur Funktionstüchtigkeit und Sicherheit von Stromanlagen.

Zur zweiten Frage, warum der Verein unverhältnismäßig oft mit Kontrollen überzogen wird, erklärt Frau Schlonski, dass dies eine subjektive Einschätzung ist. Dem ist nicht so. Er wird so, wie andere Liegenschaften der Stadt auch, kontrolliert. Die Wallwitzburg ist ein ganz besonderer Ort mit ihrer Lage im Welterbe und der Landschaft drum herum. Natürlich möchte von Seiten der Stadt sichergestellt werden, dass der Verein entsprechend der geschlossenen Vereinbarung mit dieser Immobilie umgeht. In der einen oder anderen Situation ist dies nicht so gewesen. Auf die einzelnen Punkte geht Frau Schlonski nicht ein, da Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht in eine öffentliche Stadtratssitzung gehören, es sei denn, Herr Förster erlaubt, darüber zu reden. Dann würde sie öffentlich darüber berichten. Zur Aussage von Herrn Förster, dass er als Person für den Verein bei Ordnungswidrigkeiten angesprochen wird, legt sie dar, dass er als Vereinsvorsitzender und Ansprechperson bei solchen Handlungen in der Verantwortung steht, egal, ob dieser den Sachverhalt als Person oder als Verein begangen hat.

Frau Schlonski richtet den Wunsch an den Verein der Wallwitzburg, dass es einen sorgfältigen Umgang mit der Immobilien bei Veränderungen und Neuerungen gibt. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Dinge nicht im Vorfeld abgestimmt oder nicht bekanntgegeben worden sind und dass auch einige Genehmigungen, die fällig gewesen wären, nicht eingeholt wurden. Die Verantwortlichen in der Verwaltung haben immer wieder die Augen zugedrückt, weil der Verein unterstützt werden sollte und nicht übermäßig bürokratische Regeln aufgestellt werden sollten. Es gibt jedoch Rahmenbedingungen von Recht und Ordnung, die eingehalten werden müssen.

Frau Schlonski äußert sich im Folgenden zum letzten Punkt, dass die Stadt den Verein weder ideell noch finanziell unterstützt. Finanziell wurde das Beispiel von Herrn Förster mit dem Geld aus dem Jahr 2019 hervorgebracht. Die Perspektive der Stadtverwaltung ist, dass wiederholt Informationen herausgegeben wurden, ebenso Antragsunterlagen, wie solche Mittel abgerufen werden können. Diesbezüglich erfolgte keine Reaktion. Am 30. Dezember 2019 wurde dann ein Antrag eingereicht. Dieser musste abgelehnt werden, da der Zeitpunkt außerhalb des Rahmens des Haushaltsjahres lag. Daraufhin wurde die Stadtverwaltung von einem Rechtsanwalt kontaktiert. Es hätte sich jedoch auch anders geeinigt werden können. Der Antrag auf Mittelabruf war jedoch nicht in dem Maße, wie ihn andere ehrenamtlichen Vereine in dieser Stadt betreiben. Weiter möchte Frau Schlonski daran erinnern, dass schon mehrfach Diskussionen um die Wallwitzburg stattgefunden haben. Ein grundlegendes Konzept für die Nutzung des Gebäudes und des Umfeldes fehlt jedoch. In einem ersten Schritt wurde der Verein im Februar 2019 eingeladen.

Es wurde vorgetragen, was die Wünsche und Bedürfnisse des Vereins im Umgang mit dem Gebäude sind. Dies wurde festgehalten und vereinbart, dass bis zum 30.03.2019 ein entsprechendes Konzept vorzulegen ist. Die Fakten standen fest, der Verein hätte diese jedoch zusammentragen müssen. Es wurde wiederholt daran erinnert. Bis zum heutigen Tag liegt weder bei Frau Schlonski, noch im Gebäudemanagement ein entsprechendes Konzept vor. Dies bedauert sie sehr, weil die Stadt gern mit dem Verein zusammenarbeiten würde. Jedoch gibt es bestimmte Regeln von Kommunikation und Zusammenarbeit. Frau Schlonski bittet den ehrenamtlichen Verein, diese zu befolgen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, erteilt einem weiteren Bürger das Wort.

Der **Bürger 2** bemerkt, dass seit Wochen Politikerinnen und Politiker wiederholen, dass ein schrittweises Hochfahren des öffentlichen Lebens mit flächendeckenden Schnelltests verbunden sein muss. Seit Montag haben deshalb alle Menschen Anspruch auf einen kostenlosen Schnelltest pro Woche. Um dem gerecht zu werden, hat die Stadt 10.000 Schnelltests bestellt, für die nächste Woche nochmals 10.000. Wenn jeder Bürger das Anrecht hat, versteht er nicht, wie man 80.000 Bürger mit 10.000 Schnelltests testen möchte. Am Anfang muss davon ausgegangen werden, dass wohl alle Bürger kommen. Jede Dame oder Herr im Altenheim, jeder Pfleger, jedes Kind im Kindergarten hat das Recht auf einen Schnelltest. Er stellt die Frage, wie mit 10.000 Tests 80.000 Bürger getestet werden sollen? Wie konkret verhält sich hier der Sachverhalt?

Die zweite Frage von **Bürger 2** lautet: Warum gibt es bis heute keinen Beschluss des Stadtrates? In der Geschäftsordnung ist angegeben, dass der Bürger das Recht hat, sich mit Beschwerden an den Stadtrat zu wenden. Bei der letzten Änderung der Geschäftsordnung wurde festgelegt, dass dies nur noch schriftlich möglich ist. Der Stadtrat beschließt dann über die Beschwerde, er fasst also einen Beschluss. Seit Oktober 2020 liegen mehrere Beschwerden vor. Auch heute erfolgte wieder kein Beschluss des Stadtrates, Antwortzeiten betragen einen Monat. Der Bürger hat eine Antwort der Verwaltung erhalten, er hat sich jedoch an den Stadtrat gewandt, da es sich um eine Beschwerde über die Verwaltung handelt. Die Verwaltung kann die Beschwerde mit Sicherheit nicht beantworten. Wenn der Stadtrat beschließt, hält es der Bürger als sehr anmaßend, wenn sich die Verwaltung als Stadtrat ausgibt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, teilt zur zweiten Frage mit, dass seines Erachtens nicht in der Geschäftsordnung steht, dass der Stadtrat darüber beschließt, wie die Antwort aussieht. Festgehalten ist nur, dass Beschwerden schriftlich eingereicht werden müssen, damit zu den Stadtratssitzungen entsprechende Antworten gegeben werden können.

Bürger 2 wirft ein, dass direkt „beschließt“ niedergeschrieben ist.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, äußert sich zur ersten Frage des Bürgers dahingehend, dass hierzu Bundesgesundheitsminister Spahn befragt werden muss.

Für die Bestellung der Tests in Dessau-Roßlau ist mit Sicherheit nicht Herr Spahn zuständig, erwidert **Bürger 2**. Alle Bürger wollen, dass ab 22.03.2021 die Außen-gastronomie und die Kultureinrichtungen wieder öffnen können. Dafür ist zwingend ein Test vorgeschrieben. Wie soll der Bürger das wahrnehmen, wenn die Tests nicht vorhanden sind.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erklärt, dass für die Bestellungen im Rahmen der Testverordnung nicht die Stadtverwaltung zu-ständig ist, sondern der Bund, der die Verordnung erlassen hat. Seitens der Stadt-verwaltung wurden die 10.000 Schnelltests für die ergänzenden Tests des Gesund-heitsamts bestellt, als von Testzentren noch keine Rede war. Herr Spahn hat diese Testverordnung erlassen und stattet die Zentren auch aus. Die organisatorischen Voraussetzungen wurden von der Stadt geschaffen und das Städtische Klinikum ge-beten, in Vorleistung mit den Tests zu gehen, die dort für die Beschäftigten vorhan-den sind.

Bürger 2 erfragt, wie viele Tests bei der Stadt direkt vorhanden sind. Gemeint ist nicht in Apotheken oder im Krankenhaus, sondern bei der Stadt direkt.

Herr Oberbürgermeister Kuras teilt hierzu mit, dass dies regelmäßig Thema im Pandemiestab war. Im Moment besteht keine Sorge, dass nicht genügend Tests vor-handen sind. Die Bundesregierung ist für die Bereitstellung der Tests zuständig. Die Stadt kann bestellen, aber liefern muss der Bund, der nach der Vereinbarung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten auch die Kosten trägt. Die Stadt Dessau-Roßlau hat sich zunächst beim Städtischen Klinikum bedient, welches seit langer Zeit mit großer Routine solche Tests, insbesondere für den Eigenbedarf im Klinikum, bestellt und auch erhält. Erstmals wurde jetzt eine eigene Bestellung für die Testzen-tren durch die Feuerwehr der Stadt aufgegeben. Diese sind gestern eingetroffen. Fortfolgend werden weitere Bestellungen getätigt. Bislang wurde sich an den vor-handenen Beständen bedient. Am ersten Tag waren 45 Bürgerinnen und Bürger im Testzentrum im Dessau Center. Bei der Gesamteinwohnerzahl von 80.000 sind je-doch auch Säuglinge dabei. Die volle Anzahl von 80.000 wird nicht benötigt. Herr Kuras ist davon überzeugt, dass ausreichend Schnelltests zur Verfügung gestellt werden, da die Hersteller ihre Kapazität hochgefahren haben. Dies wird durch Selbsttests noch ergänzt. Nach der heutigen Sitzung im Pandemiestab hat er keine Sorge, dass es zu Engpässen bei der Zurverfügungstellung der Tests kommen könn-te. Im TOP 6 wird Herr Kuras hierzu weitere Ausführungen machen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, berichtigt seine letzte Äußerung bezügli-cher der Beschlussfassung. Er nimmt die Frage des Bürgers als Anregung auf. Nach Erörterung der Sachlage muss die Geschäftsordnung gegebenenfalls angepasst werden.

Bürger 2 würde es begrüßen, wenn die Beschwerden vom Oktober beantwortet werden.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

- 6.1 Information zum Bearbeitungsstand des Prüfauftrages Nr. 33 aus den Beratungen zum Haushalt 2020
Information zur Umsetzung der Bundesprogramme „Kita-Einstieg - Brücken bauen in frühe Bildung“ und „Starke Netzwerke für geflüchtete Familien“
Vorlage: IV/079/2020/V-51**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Ehm, Fraktion der CDU, teilt mit, dass ihn Anwohner darauf aufmerksam gemacht haben, dass vor der Jonitzer Brücke in Waldersee wiederholt Treibgut angespült worden ist. Herr Ehm hat die Berufsfeuerwehr gebeten, dieses zu beseitigen. Zwei Tage später wurde das Treibholz – soweit möglich – beseitigt. Für die schnelle Erledigung spricht er der Berufsfeuerwehr seinen Dank aus. Ein großer Stamm, der mehr als 60 cm dick und ca. 10 m lang ist, hat sich unter der Brücke im südwestlichen Quadranten (von Dessau kommend, rechts der erste Quadrant unter der Brücke) verkeilt. Der Baumstamm liegt noch immer ca. 50 m vor dem Wehr und der Wasserkraftanlage der Jonitzer Mühle. Sollte das Holz in die Wasserkraftanlage fließen, verursacht das massive Probleme. Am 17.02.2021 hat Herr Ehm den Beauftragten des WWF-Projektes „Wilde Mulde“ Herrn Schrenner gebeten, einen leistungsfähigen Kran zu bestellen, um den Baum aus der „Wilden Mulde“ herausheben zu lassen. Stauerscheinungen an diesem Stamm könnten zu Hochwassergefahren führen. Herr Schrenner hat sodann den Beisitzer vom Landeshochwasserbetrieb angerufen und darauf aufmerksam gemacht, dass es sich hier um das Hochwasserschutzgebiet handelt, für welches er verantwortlich ist, und ihn gebeten, sich um den Baum zu kümmern. Herr Ehm befürchtet, dass der Stamm beim nächsten Hochwasser immer noch vorhanden ist. Da der Ortschaftsrat, die Wasserwehr und die Freiwillige Feuerwehr Waldersee keine Ressourcen für eine derartige Aktion haben, bittet er die Stadt bei der Beseitigung des Baumstammes um Unterstützung.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass durch die dritte Ausschreibung für einen Klimaschutzmanager erreicht werden konnte, dass Herr Ahlers seit dem 01.02.2021 in dieser Position tätig ist.

Herr Ahlers beschäftigt sich derzeit mit dem European Energy Award. Des Weiteren hat er das Klimaschutzkonzept der Stadt in Augenschein genommen. Mit dem neuen Leiter der Zentralabteilung des Umweltbundesamt wurde eine verbindlichere Vereinbarung erwirkt. Zum Thema „Zukunftskonferenz“ wird dieser zunehmend einbezogen. Auch zum Thema „New European Bauhaus“ hat Herr Kuras am 12.03.2021 eine erste Zusammenkunft mit verschiedenen Akteuren.

Zum Thema „Corona“ informiert **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass in der heutigen Pressekonferenz die Zahlen detailliert dargelegt und an die Fraktionen weitergeleitet wurden. Herr Kuras rechnet mit der kompletten Impfung dieser Personengruppe bis Anfang April. Die Impfung der Prioritätengruppe 2 läuft derzeit. Fälle von Impfverweigerungen liegen kaum vor. Die vorhandenen Impfdosen konnten verimpft werden. Die Stadt steht im Landesmaßstab gut da.

Des Weiteren hat jeder Bürger ab dem 08.03.2021 Anspruch auf einen kostenlosen Test. Im Medizinischen Versorgungszentrum des Städtischen Klinikums wurde ein leistungsfähiger Partner gefunden. Am 09.03.2021 wurde im Dessau Center ein Testzentrum eingeweiht. Aufgrund der Lage ist gewährleistet, dass nach einem positiven Schnelltest der erforderliche PCR-Test vor Ort durchgeführt werden kann. Am ersten Tag haben 45 Personen die Möglichkeit eines Schnelltests wahrgenommen. Am 15.03.2021 wird im Stadtgebiet Roßlau am Luchplatz nach dem gleichen Muster ein Testzentrum errichtet. Die Öffnungszeiten am Standort Dessau sind vormittags von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und am Standort Roßlau nachmittags von 13:00 Uhr bis 17:30 Uhr. In der gemeinsamen Erklärung der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten wurde festgehalten, dass entweder Testzentren oder Apotheken zur Verfügung stehen sollen. Nach Gesprächen mit Apothekern liegen nun vier Anträge von Dessau-Roßlauer Apotheken auf Anerkennung als Testzentrum vor. Eine gesonderte Beauftragung durch das Gesundheitsamt ist hier nach Prüfung verschiedener Voraussetzungen erforderlich. 10.000 Schnelltests wurden über die Feuerwehr bestellt, welche am Vortag der Sitzung eingetroffen sind. Die Produktionskapazitäten werden hochgefahren. Es besteht kein Grund zur Sorge, dass nicht ausreichend Schnelltests eintreffen. Wenn das Anhaltische Theater wieder mit den Vorstellungen beginnt, wäre es sehr hilfreich, im Vorfeld Schnelltests vorzunehmen. Die logistische Umsetzung muss noch geprüft werden.

Die Anregung von Herrn Krause, die Hausarztpraxen mit einzubeziehen, hat sich bewährt. Das Ziel ist, mittelfristig diese Arztpraxen für die Impfungen mit vorzusehen. Sollten die Impfstoffdosen ab April zunehmen, sind noch erhebliche Kapazitäten im Impfzentrum vorhanden. Meldedateien der über 80-jährigen Bürger und Daten über erfolgte Impfungen werden abgeglichen. Es wird dafür Sorge getragen, dass keine Person vergessen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert weiterhin die beschlossenen Änderungen zum Ablauf der Gremiensitzungen. Der Landtag hat im Innenausschuss einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Arbeit erleichtern soll. In § 56 a KVG wurde geändert, dass Hybridsitzungen wieder zugelassen sind.

Eine Bestätigung der im Umlaufverfahren getroffenen Beschlüsse in der nächsten Präsenzsitzung muss nicht mehr erfolgen. Wenn von der Möglichkeit schriftlicher oder elektronischer Umlaufbeschlüsse Gebrauch gemacht wird, ist nunmehr nur noch ein 2/3-Quorum nötig. Die letzte Änderung betrifft das Anhörungsrecht der Ortschaften. Durch den Gesetzgeber wurde festgelegt, dass es im Vorfeld einer Beschlussfassung im Ortschaftsrat bedarf, um dem Ortsbürgermeister oder der Ortsbürgermeisterin das Recht einzuräumen, allein die Meinungen der Ortschaften vertreten zu können. Diese Änderungen treten nach Veröffentlichung im Ministerialblatt in Kraft.

Herr Brozowski, Fraktion Die Linke, teilt mit, dass nach der letzten Kommunalwahl intensiv in den Gremien über die Fraktionsseiten im Amtsblatt diskutiert wurde. Es sollte vermieden werden, dass ehrenrührige und falsche Inhalte veröffentlicht werden. Das betrifft Beiträge der AfD im letzten Jahr zur Klimakrise, wo leicht zu entlarvende Fehlinformationen verbreitet wurden. Auch zum Thema „Geflüchtete“ wurde die eigentlich fremdenfeindliche Agenda in Beiträgen nur vordergründig versteckt. In der März-Ausgabe des Amtsblattes befindet sich ein Artikel von Herrn Stadtrat Mrosek, in dem eine Art Verschwörung zwischen der Bundesregierung und dem RKI herbeifantasiert wurde. Darauf aufbauend folgt ein abstoßender verbaler Rundumschlag mit den Begriffen „Gefälligkeitsanalysen“, „Horrorszenario herbeifantasiert“, „Freiheitszerstörung“, „willfährig“, „sich wissenschaftlich gebende dienstbare Geister“, „Volk von Angsthäsen“, „staatliche Repressionen“ und so weiter. Am Ende fordert Herr Mrosek die Bevölkerung „durch die Blume“ auf, die Maskenpflicht zu umgehen. Dies ist unerträglich und ein solcher Artikel kann – überspitzt formuliert – Menschenleben kosten. Herr Brozowski fragt, ob es möglich ist, die Fraktionsbeiträge im Amtsblatt näher zu betrachten und zu kontrollieren, damit Hetze und Fakenews keine Bühne gegeben werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf einen Artikel der Mitteldeutschen Zeitung bezüglich einer Kontroverse zwischen Herrn Stadtrat Hans-Georg Otto und Herrn Philipp Oswald. Er möchte wissen, wie mit persönlicher Diskriminierung, Diffamierung und Falschaussagen zukünftig umgegangen werden soll und wie diese ausgeschlossen werden können. In der Vergangenheit wurde sich darauf geeinigt, ein Gremium zu bilden, um vor Veröffentlichung zu prüfen, dass keine rechtsrelevanten Verfehlungen mit schwerwiegenden Folgen vorliegen. Im konkret benannten Fall steht ein juristischer Akt in Richtung Stadt an, der am Ende möglicherweise am Autor nicht vorbeigeht. Herr Schönemann wünscht eine Erörterung des Oberbürgermeisters, dass die Stadt juristisch und materiell für diese Art der Auseinandersetzung nicht in der Verantwortung steht. Er bittet um Sicherung der Plattform in der Öffentlichkeit.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass sich in den letzten Wochen gezeigt hat, dass einige Beiträge nicht den Verabredungen entsprechen, die seinerzeit mit einem Ratsbeschluss getroffen wurden. Er sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Zur von Herrn Schönemann angesprochenen Kontroverse wurde eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Größere Konflikte bestehen hier nicht mehr.

Es wurden die Gründe mitgeteilt, warum der Verwaltung dieser Artikel im Vorfeld nicht aufgefallen war. Ein Nachspiel für die Stadt sollte es nicht geben. Er stimmt in vielen Punkten mit Herrn Oswalt nicht überein. Nach Meinung von Herrn Oberbürgermeister Kuras hat die Stadt mit dem Beschluss, das Museum in der Innenstadt zu bauen, richtig gehandelt. Die Redaktionsfristen müssen vorverlegt werden, um Zeit zu schaffen, die Artikel durchzusehen. Im Kreis der Fraktionsvorsitzenden sollte besprochen werden, ob das Statut deutlicher gefasst oder erweitert werden sollte. Bundesthemen sollten im Amtsblatt nicht vordergründig im Raum stehen. Die Grenzen zum Wahlkampf sind jedoch fließend und entsprechende Beiträge zu Veranstaltungen und Maßnahmen verständlich. Als Herausgeber des Amtsblattes steht die Stadt Dessau-Roßlau in der Herausgeber- oder Verbreiterhaftung. Er sieht daher Handlungsbedarf. Als letzter möglicher Schritt müssten die Fraktionsseiten abgeschafft werden, sollte man das Problem nicht in den Griff bekommen. Er appelliert bei der Erstellung der nächsten Fraktionsseiten um Beachtung.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, erklärt zu der angesprochenen Kontroverse, dass er sich abschließend erst später äußern kann. Er habe sich letztmalig im Oktober 2013 zu dieser Thematik in der Mitteldeutschen Zeitung mit fast gleichem Wortlaut geäußert. Danach fiel die Entscheidung zum Standort durch die Landesregierung. Alle Beteiligten hatten sich verpflichtet, diese zu akzeptieren. Herr Oswalt hat dann im November 2014 noch einmal in der Mitteldeutschen Zeitung Herrn Kultusminister Dorgerloh angegriffen und ihm unterstellt, die Gutachten falsch interpretiert zu haben.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, unterbricht die Sitzung zur Durchführung einer 15 minütigen Pause.

Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erwähnt lobend die schnelle Errichtung des Testzentrums. Sie richtet das Wort an den Beigeordneten, Herrn Krause, mit der Auffassung, dass man sich im Stadtrat in den Streit, ob die Länder oder der Bund für die Beschaffung der Tests für die Zentren zuständig sind, nicht einmischen sollte. Sie ist als Parlamentarierin selbst außen vor. Die Bundes- und die Landesregierung haben entschieden, dieses Thema untereinander zu zerstreiten, was Frau Lemke nicht gutheißen kann. Sie hatte sich dafür ausgesprochen, einen physischen Stadtrat abzuhalten, um arbeitsfähig zu sein. Sie bezieht sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeister und erklärt, dass Sie sich einen Appell an die Bürger gewünscht hätte, dass das Tragen von Masken in der Phase der Öffnung besonders wichtig ist, um ein erneutes Ansteigen der Inzidenzzahlen zu verhindern. Diese Phase ist mit Risiken behaftet, vor allem durch die Mutationen. Selbsttests sind gut, um die Pandemie zu bekämpfen, sie bietet jedoch keinen Schutz. Des Weiteren kritisiert sie das Verhalten einer Fraktion als egoistisch, sich weder an den Tests im Vorfeld der Sitzung, noch an dem Tragen von Masken zu beteiligen.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erfragt den aktuellen Sachstand zum Thema „Südschwimmhalle“.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erläutert, dass das Areal als Potentialfläche für eine Wohnbebauung vorgesehen ist. Hierfür müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, die ehemalige Schwimmhalle abzureißen. Eine Überlegung war, das benachbarte im Bundeseigentum stehende Grundstück hinzuzunehmen. In Kürze erfolgt eine Beratung zum Thema „Wohnflächen“, bei der dieses Thema aufgegriffen werden sollte.

Weiterhin bittet **Herr Adamek** Herrn Oberbürgermeister Kuras um Ausführungen zum Thema „Luca-App“.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass in der letzten Telefonkonferenz mit dem Ministerpräsidenten und der Sozialministerin zu diesem Thema nachgefragt wurde. In der Bevölkerung ist eine hohe Akzeptanz spürbar. Frau Grimm-Benne hatte zugesichert, dass das Land demnächst eine Entscheidung trifft. Die Datenschutzbeauftragte der Stadtverwaltung wurde gebeten, die datenschutzrechtliche Seite zu klären. Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales und Bildung wird eine Beschlussvorlage erarbeiten, um sich zur „Luca-App“ zu bekennen. Danach wird das Gesundheitsamt beauftragt, entsprechende Schritte einzuleiten, um die App für die Stadt freizuschalten.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erklärt, dass er es in Anbetracht des zu erwartenden Abstimmungsergebnisses unterließ, dagegen zu intervenieren, zwei Fraktionsvorlagen der CDU von der Tagesordnung zu nehmen. Er erläutert, welche Punkte nicht beschlossen werden. Zum einen werden die Notfalldosen nicht beschlossen, die Menschen retten und schützen können. Des Weiteren wird die Software, auf welche die Freiwillige Feuerwehr seit langem wartet, nicht beschlossen. Die Hardware ist vorhanden, die Software jedoch nicht. Der Stadt und der Bevölkerung wurde nach Ansicht von Herrn Adamek mehr geschadet, als einen Gefallen getan.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, greift den Redebeitrag von Herrn Brozowski auf. Ein zweihundertseitiges Dossier des Innenministerium des Bundes ist ergangen, welches in der WELT veröffentlicht wurde. In seinem Beitrag im Amtsblatt hat Herr Mrosek sich auf den Beitrag der WELT bezogen und daraus zitiert. Des Weiteren müssen Gesetze vom Bund von Dessauern ertragen werden. Wenn vom Bund keine Coronahilfen erfolgen, dann trifft das Dessauer Unternehmen. Wenn über Pannen beim Bund berichtet wird ebenso. Wenn es beim Bund millionenfach Betrug gegeben hat, um sich Coronahilfen durch mehrere Identitäten zu erschleichen, dann muss das auch der Dessauer wissen. Aus diesen Gründen erfolgt die Berichterstattung der Fraktion der AfD unter Bezugnahme auf die Stadt Dessau-Roßlau. Die Politik der Fraktion Die Linke und die der Fraktion der AfD erachtet Herr Mrosek ebenfalls als sehr kontrovers. Solange in Facebook-Beiträgen über die AfD hergezogen wird, macht die AfD alles richtig.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, äußert sich zum Thema „Notfalldosen“. Wenn darüber heute nicht beschlossen wird, hat das keine negativen Auswirkungen, da diese in jeder Apotheke vorhanden sind. Vor zwei Jahren sind die Notfalldosen mit einer großen PR-Aktion im Umweltbundesamt vorgestellt worden. Herr Otto hat sich selbst davon überzeugt, dass diese käuflich zu erwerben sind.

Herr Frisch, Fraktion der AfD, weist die Verwaltung darauf hin, dass sich am Südufer des Walls in Großkühnau sehr viele Wildschweine eingenistet haben, die den Wall zerstören. Das beginnt bei den „weißen Männern“ bis zur Durchfahrt Burgreinaer Straße vom Wall. Er bittet um Inaugenscheinnahme bei einer Begehung.

Des Weiteren bedankt sich Herr Frisch bei der örtlichen Polizei. In der Vergangenheit wurden mehrere Autokorsos durchgeführt, die den Lockdown endlich beenden und für die Wirtschaft einstehen sollen. Beim letzten Autokorso haben sich ein paar zwielichtige Gestalten aus dem links-grünen Spektrum auf die Straße gestellt und haben diese angemeldete Demonstration, die demokratisch verlaufen sollte, gestört. Die Polizisten haben diese Subjekte entfernt, sonst hätten Personen des Autokorsos dies übernommen, die schon auf dem Weg waren.

7 Bestätigung der im elektronischen Umlaufverfahren gefassten Beschlüsse vom 03.02.2021

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, zitiert den § 56a des Kommunalverfassungsgesetzes, Abs. 3, letzter Satz: „Die Vertretung, oder der Ausschuss setzt die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefassten Beschlüsse auf die Tagesordnung seiner nächsten Präsenzsitzung und kann diese aufheben oder ändern, soweit sie noch nicht erledigt, oder nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.“

Sofern es keinen Antrag auf Aufhebung oder Änderung gibt, sind die Beschlüsse dann bestätigt.

7.1 Interessenbekundung für das Projekt „Zukunftsreise Dessau-Roßlau“, Phase 1 - BV/427/2020/I-OB

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.2 Stellenausschreibung der hauptamtlichen Stelle des Oberbürgermeisters (m/w/d) der Stadt Dessau-Roßlau - BV446/2020/II

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.3 Verlängerung und Ergänzung der steuerpolitischen Unterstützungsmaßnahmen (Liquiditätshilfen) zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfung des Coronavirus bis 30.06.2021 - BV/451/2020/II

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.4 Bereitstellung finanzieller Mittel zum Betrieb eines Impfzentrums in der Stadt Dessau-Roßlau BV/461/2020/II

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.5 Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 222 "Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor" - Änderung Geltungsbereich - BV/439/2020/III-61

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.6 Quartierskonzept Leipziger Tor und Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 222 "Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor" - Erlass einer Satzung zum besonderen Vorkaufsrecht - BV/440/2020/III-61

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

**7.7 Maßnahmebeschluss
Umsetzung brandschutztechnischer Forderungen
L-Schule "Pestalozzischule" (Schule für Lernbehinderte), Stenesche
Straße 88, 06842 Dessau-Roßlau - BV/058/2020/III-65**

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

7.8 Brandschutztechnische Ertüchtigung sozio-kulturelles Zentrum Ölmühle - BV/270/2020/III-65

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 7.9** **Teilsanierung der integrativen Kindertageseinrichtung "Buratino", Kreisstraße 72, 06862 Dessau-Roßlau, OT Meinsdorf, im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020"**
- BV/397/2020/III-65

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 7.10** **1. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses (BV/440/2019/III-65) vom 05.02.2020 Stark III plus EFRE - Grundschule „Tempelhofer Straße“**
- BV/398/2020/III-65

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 7.11** **Novellierung des Maßnahmebeschlusses zum Projekt der energetischen und allgemeinen Sanierung der Kindertageseinrichtung "Sonnenköppchen" des Behindertenverbandes Dessau e.V.**
- BV/401/2020/V-51

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 7.12** **Maßnahmebeschluss zur energetischen und allgemeinen Sanierung der Kindertageseinrichtungen „Wirbelwind I & II“ des Behindertenverbandes Dessau e. V. - BV/409/2020/V-51**

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 7.13** **Schaffung von zusätzlichen Retentionsflächen in der Stadt Dessau-Roßlau als Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes, um mit der Ressource Wasser nachhaltiger umzugehen - FV/022/2020/Linke**

Es wird kein Antrag gestellt. Die Beschlussfassung wird bestätigt.

- 8** **Beschlussfassungen**
8.1 **Benennung von Delegierten für die 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 01. Juli 2021 in Erfurt**
Vorlage: BV/062/2021/I-07

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher, **Herrn Oberbürgermeister Kuras**, zurückgezogen.

8.2 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Dessau-Roßlau zum 01.01.2013
Vorlage: BV/019/2021/II-20

Beschluss:

Die vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Eröffnungsbilanz der Stadt Dessau-Roßlau zum 01.01.2013 mit einer Bilanzsumme von 934.999.323,77 EUR wird nach §§ 114,120 KVG LSA festgestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8.3 Abfallwirtschaftskonzept 2020 - 2025
Vorlage: BV/302/2020/II-EB

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf einen vorbereiteten Änderungsantrag seiner Fraktion zur Einführung von gelben Tonnen im gesamten Stadtgebiet. Er wird den Änderungsantrag jedoch nicht zur Abstimmung stellen, da es eine Durchführungsbestimmung in Form einer Beschlussvorlage geben wird. Er übergibt dem Präsidium des Stadtrates den Änderungsantrag als redaktionelle Anregung.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass der von Herrn Schönemann überreichte Änderungsantrag der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Beschluss:

Das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Dessau-Roßlau für die Jahre 2020 bis 2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8.4 Verpflichtung zur Anpassung der kommunalen Bauleitplanung an das Ziel 3 des Regionalen Entwicklungsplanes zum Ausschluss von Photovoltaikfreiflächenanlagen in bestimmten Vorrangstandorten für Industrie und Gewerbe
Vorlage: BV/016/2020/III-61

Beschluss:

1. Zur Anpassung der kommunalen Bauleitplanung an das Ziel 3 des am 27.04.2019 in Kraft getretenen Regionalen Entwicklungsplanes sind
 - die in der Anlage 3 aufgeführten Bebauungspläne zu ändern,
 - für die in der Anlage 4 aufgeführten Gebiete Bebauungspläne aufzustellen und

- der Beschluss BV/082/2015/VI-61 zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 63 „Photovoltaik am Dessauer Flugplatz“ für eine Photovoltaikfreiflächenanlage nördlich der Bahnlinie Dessau-Köthen auf dem Gewerbegebiet Flugplatz entsprechend Anlage 5 aufzuheben.
2. Zur Ermittlung, Bewertung und Abwägung der von der Anpassung der kommunalen Bauleitplanung berührten öffentlichen und privaten Belange ist das Konzept zur Steuerung von Photovoltaikfreiflächenanlagen von 2014 (Beschluss BV/026/2014/VI-61) fortzuschreiben.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Inhalt des Beschlusses ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**8.5 Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 212
"Klinik- und Gesundheitszentrum"
Vorlage: BV/004/2021/III-61**

Beschluss:

1. Dem in Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“ wird stattgegeben.
2. Die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“ für das im Übersichtsplan (Anlage 3) gekennzeichnete Gebiet wird beschlossen. Ziel des Verfahrens ist es, die beabsichtigte Umgestaltung und Aufwertung der Außenanlagen des St.-Joseph-Krankenhauses zu ermöglichen. Die Planänderung soll als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt werden.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit soll anhand des in Anlage 4 beigefügten Informationsblattes erfolgen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Übernahme der Kosten für die Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen und ggf. erforderlicher Fachgutachten mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung und frühzeitige Beteiligung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 212 ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**8.6 Jagdnutzungsrichtlinie für den Eigenjagdbezirk der Stadt
Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/320/2020/III-66**

Beschluss:

Die Jagdnutzungsrichtlinie für den Eigenjagdbezirk der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt und tritt mit Veröffentlichung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

**8.7 Novellierung der Satzung über die Wahl der Stadtelternvertretung für
die Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/236/2020/V-51**

Beschluss:

Die Novellierung der Satzung über die Wahl der Stadtelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau wird zum 01.04.2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**8.8 Einberufung eines Sonderausschusses zur Überprüfung aller
kommunalen Mandatsträger nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz
Vorlage: FV/019/2020/V-StR**

Beschluss:

- Es wird beschlossen, zur Überprüfung aller Mitglieder des Stadtrates auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatsicherheitsdienst der DDR einen Sonderausschuss mit Wirkung ab Beschlussfassung einzusetzen.
- Der Sonderausschuss besteht aus den Fraktionsvorsitzenden, dem Vorsitzenden des Stadtrates sowie dem Oberbürgermeister. Jedes Mitglied benennt einen persönlichen Stellvertreter. Folgende Personen sollen dem Sonderausschuss angehören:

Name, Vorname

Fraktion

Eiko Adamek
Guido Fackiner

CDU
DIE GRÜNEN, FDP, Neues
Forum-Bürgerliste

Andreas Mrosek
Ralf-Peter Schönemann

Fraktion AfD
Fraktion Die Linke

Michael Fricke
Hans-Georg Otto
Hans-Peter Dreibrodt
Frank Rumpf
Peter Kuras

Fraktion SPD
Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Freie Fraktion
Stadtratsvorsitzender
Oberbürgermeister

Die einzelnen Mitglieder haben folgende persönliche Stellvertreter:

Mike Jüling
Hendrik Weber

CDU
DIE GRÜNEN, FDP, Neues
Forum-Bürgerliste
Fraktion AfD

Burkhard Ratzmann
Frank Hoffmann
Ingolf Eichelberg
Roland Gebhardt
Günther Dreibrodt
Karin Dammann
Sabrina Nußbeck

Fraktion Die Linke
Fraktion SPD
Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Freie Fraktion
Stellv. Stadtratsvorsitzender
Stellv. Oberbürgermeister

- Der Sonderausschuss wird erst konstituiert, nachdem eine Überprüfung der zu Mitgliedern berufenen Abgeordneten durch den Bundesbeauftragten stattgefunden und ergeben hat, dass sie eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR nicht ausgeübt oder wahrgenommen haben. Diese Überprüfung wird durch den Vorsitzenden des Stadtrates von Amts wegen veranlasst und gemeinsam mit den stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates durchgeführt.
- Das Verfahren im Sonderausschuss richtet sich nach der beiliegenden Geschäftsordnung (Anlage). Sie ist auf das vorstehende Überprüfungsverfahren sinngemäß anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8.9 Bürger-App Vorlage: FV/014/2020/CDU

Die Beschlussvorlage wurde im Tagesordnungspunkt 2 vom Einreicher, **Herrn Adamek, CDU-Fraktion**, mit der Maßgabe, diese in der nächsten Sitzung zu behandeln, zurückgezogen.

8.10 Einführung von Notfalldosen in Dessau-Roßlau Vorlage: FV/015/2020/CDU

Die Beschlussvorlage wurde im Tagesordnungspunkt 2 – Beschlussfassung der Tagesordnung - nach Abstimmung von der Tagesordnung genommen.

8.11 Schwimmkurse im Vorschulalter anbieten Vorlage: FV/016/2020/CDU

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erläutert als Einreicher die Vorlage dahingehend, dass in den Kindertagesstätten Schwimmkurse angeboten, aber nicht von ihnen umgesetzt oder durchgeführten werden sollen. Die Stadt soll entsprechend der Nachfrage dafür Sorge tragen, dass das Angebot umgesetzt wird. Vorabstimmungen sind erfolgt.

Das Anliegen, Kindern so früh wie möglich das Schwimmen beizubringen, ist unstrittig, legt **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, dar. Es stellt sich aber die Frage, wie das realisiert werden soll. Mit allen Trägern müssen Gespräche geführt werden. Er verweist weiterhin auf die rechtlichen Regelungen des Kultusministeriums, wie solche Kurse stattfinden sollen und auf die Frage nach dem Finanz- und Personalaufwand. Auch die Sportvereine sind nicht Bestandteil der Vorlage. Bezüglich der Finanzierung verweist er auf in anderen Städten durchgeführte Machbarkeitsstudien, die mehrere 100 T€ gekostet haben, weshalb über dieses Thema qualifiziert diskutiert werden muss. Auch die Kapazität der Schwimmhalle stellt ein Problem dar, da es jetzt schon kaum möglich ist, Schwimmzeiten zu bekommen.

Zur Qualifizierung der Vorlage, stellt er den **Antrag auf Verweisung an den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Dekita, an den Jugendhilfeausschuss sowie an den Ausschuss für Kultur und Bildung**.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, unterstützt die vorliegende Beschlussvorlage, denn je eher Kinder schwimmen lernen, umso besser ist es. Das Angebot in den Kindertagesstätten ist freiwillig und es wird ein kollektiver Wettbewerb bei den Kindern gesehen.

Frau Perl, erklärt, dass die SPD-Fraktion nichts dagegen hat, dass Kinder so zeitig wie möglich schwimmen lernen. Sie fügt dem von Herrn Hoffmann Gesagtem hinzu, dass die Bildung in Kindertageseinrichtungen Landessache ist. Deshalb sind die Kosten, die auf die Kommune zukommen würden, nicht einschätzbar. Sie schließt sich dem Antrag auf Verweisung in die genannten Gremien an.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass eine gemeinschaftliche Untersetzung der Fachausschüsse notwendig ist, um dann zu einer qualifizierten Beschlussfassung zu kommen.

Seine Erschütterung über die Diskussion der Finanzierung, bringt **Herr Focke, Fraktion der CDU**, zum Ausdruck. In den Ausschüssen wird dieses Thema dann totdiskutiert, da am Ende eine nicht annehmbare Zahl herauskommt und die Kinder ertrinken weiterhin.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, verweist auf die bereits stattgefundenene Behandlung in den Ausschüssen und das mit Fachleuten und Fachämtern Gespräche stattgefunden haben. In keinem Ausschuss wurde der Antrag gestellt, dass noch in anderen Ausschüssen zu beraten. Kosten entstehen nicht, da diese von den Eltern getragen werden, wie bei jedem frei angebotenen Schwimmkurs auch. Es werden auch keine Mittel in den Kindertagesstätten gebunden, sondern es soll ein zusätzliches Angebot sein. Er ist sicher, dass die benötigten Ressourcen geschaffen werden können, weil es ein Fortschritt für die Stadt ist.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, erwidert, dass es nicht um die Frage eines relevanten Themas geht, sondern darum, dass Kosten erzeugt werden, da Personal vorgehalten werden muss, wenn eine Kindereinrichtung das anbietet. Mit den Trägern muss gesprochen werden, was keiner gemacht hat. Diejenigen, die damit befasst sind, sollten sich zur Umsetzung äußern.

Auf die Frage von **Herrn Adamek, Fraktion der CDU**, ob das Jugendamt gefragt werden muss, wenn man ein Kind für einen Schwimmkurs anmelden will, entgegnet **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, dass das nicht der Fall ist.

Der **Antrag zur Verweisung** der Beschlussvorlage in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Dekita, in den Jugendhilfeausschuss sowie in den Ausschuss für Kultur und Sport wird mehrheitlich **abgelehnt** (13:24:01).

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Schwimmkurse für Kinder im Kita- und Vorschulalter zukünftig direkt über die Kindereinrichtungen anzubieten und dafür zu werben. Die vorhandenen Kapazitäten für Schwimmkurse sind auszubauen. Die Kosten für die Schwimmkurse sind so niedrig wie irgend möglich zu halten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (3 Gegenstimmen)

8.12 Einführung einer Verwaltungs- und Alarmierungssoftware für die Feuerwehren der Stadt Dessau-Roßlau. Vorlage: FV/021/2020/CDU

Die Beschlussvorlage wurde im Tagesordnungspunkt 2 nach Abstimmung von der Tagesordnung genommen.

8.13 Schaffung einer Online-Plattform als lokalen Online-Marktplatz **Vorlage: FV/020/2020/AfD**

Die Beschlussvorlage wurde im Tagesordnungspunkt 2 seitens des Einreichers, **Herrn Mrosek, AfD-Fraktion**, mit der Maßgabe, diese erneut im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu beraten, von der Tagesordnung genommen.

8.14 Programm "Engagierte Stadt" **Vorlage: FV/024/2020/Linke**

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung einer Ehrenamtsstrategie, unter Beachtung von organisatorischen Rahmenbedingungen, im Rahmen der Umsetzung des Programms „Engagierte Stadt“.

Im Blick stehen dabei:

- Ehrenamtsfonds: Förderung des Einzelnen (Ehrenamtskarte, Unfallschutz und Aus- und Fortbildung),
- Kommunalbudget: Förderung der Kommunen zum Auf- und Ausbau von Strukturen (z.B. Freiwilligenagenturen; Transparenz durch Internetseite) zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Definition von „Ehrenamt“,
- Netzwerkarbeit (Synergien zu schaffen, Doppelangebote oder Doppelstrukturen zu vermeiden).

Mit unserem Antrag verfolgen wir die Projektion zentraler Inhalte des Anliegens des Programmes in die Ehrenamtsarbeit städtischer Initiativen.

Abstimmungsergebnis: 10:08:20

8.15 Ablehnung der Errichtung einer Deponie in der Gemarkung Jüdenberg **Vorlage: FV/013/2020/BÜRGER**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau lehnt die Errichtung einer Deponie in der Gemarkung Jüdenberg ab.

Der Landkreis Wittenberg als verfahrensführende Behörde erhält diesen Positionsbeschluss des Stadtrates.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

8.16 Berichterstattung aus dem Pandemiestab **Vorlage: FV/002/2021/BÜRGER**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Haupt- und Personalausschuss zu jeder Sitzung regelmäßig Bericht aus den Sitzungen des Pandemiestabes zu geben. Er wird gebeten, im Ergebnis zu berichten, welche strategischen Maßnahmen zur Reduktion der Verbreitungsgeschwindigkeit von SARS-CoV-2-Infektionen und COVID-19-Erkrankungen verfolgt werden.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

8.17 New European Bauhaus **Vorlage: FV/003/2021/BÜRGER**

Bezüglich der Ausführungen von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass die Fraktion Miteinreicher der Vorlage ist, dass Anregungen für die weitere Diskussion eingefügt werden könnten, dass ein Bündnis zwischen Weimar, Dessau und Berlin nötig ist, dass für den Stadteingang Ost ein neuer Museumscampus kreiert werden sollte und dass das Areal „Leipziger Tor“ vororangebracht werden muss, erklärt **Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dass es darum geht, sich als Stadt in dem Prozess „New Bauhaus“ überhaupt zu Wort zu melden und in einem Diskussionsprozess aufzutauchen, den die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits vor etlichen Monaten angestoßen hat.

Es geht nicht darum, alles aufzuschreiben, sondern klar zu machen, dass die Stadt Ressourcen und Kompetenzen hat, die sie in einem europaweiten Wettbewerb befähigt, konkrete Vorschläge zu unterbreiten und nicht Visionen. Es muss eine Zusammenarbeit mit Weimar und Berlin geben, allerdings besteht hier auch eine Konkurrenz. Bisher haben wir nicht einmal einen Bauhausdirektor bzw. eine Bauhausdirektorin.

Herr Fricke informiert drüber, dass die **Fraktion der SPD**, dem vorliegenden Antrag ebenfalls als Einreicher beitrifft.

Die Verwaltung stellt sich diesen Aufgaben, erklärt **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Einige Gespräche wurden bereits geführt. Die ersten Aussagen von Frau von der Leyen waren so unbestimmt, dass es jetzt schwer ist, ein konkretes Projekt zu machen. Die Stiftung Bauhaus ist derzeit ohne Direktion und das Verständnis der Stiftung ist so, dass die Vernetzungsbestrebungen mit anderen europäischen gleichgelagerten Institutionen vertieft werden, was sicher nicht falsch ist, aber es wurden andere Vorschläge erwartet. Die Stadt Weimar hat bisher auch nur einen Aufruf gestartet, um Vorschläge zu sammeln.

In dieser Angelegenheit wird ein Telefonat mit dem Präsidenten der Hochschule Anhalt sowie am Freitag ein erstes Treffen mit Leuten von der Hochschule Anhalt stattfinden. Ob dann ein konkretes Bauprojekt, was würde das Bauhaus heute bauen, zustande kommt, wird sich zeigen. Es wäre ein Fortschritt, den Kontakt zu Weimar und Berlin herzustellen, um gemeinsame Vorschläge zu unterbreiten.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau begrüßt die EU-Initiative „New European Bauhaus“ und bekundet ihr intensives Interesse, als Projektstandort aktiv zum Gelingen des Vorhabens beizutragen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zur Etablierung unserer Stadt als Projektstandort einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 28:07:02

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, schließt um 18:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

11 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, schließt die Sitzung um 18:55 Uhr.

Dessau-Roßlau, 22.04.21

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer